



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften

#fin

23.11.2022

Festvortrag

„Das Wissenschaftssystem in der Zeitenwende“

des Präsidenten der Leopoldina Prof. Dr. Gerald Haug

zur Eröffnung des Wintersemesters 2022/23

an der Justus-Liebig-Universität zu Gießen

Gießen, 25. November 2022

– Es gilt das gesprochene Wort! –

[0. Begrüßung und Hinleitung zum Thema]

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Mukherjee,

sehr geehrte Mitglieder des Präsidiums,

sehr geehrte Mitglieder des Hochschulrats,

sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren,

Spectabiles,

sehr geehrte Angehörige der Justus-Liebig-Universität,

sehr geehrte Repräsentantinnen und Repräsentanten aus

Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur,

meine Damen und Herren!

Wenn wir der Coronavirus-Pandemie gute Seiten abgewinnen wollen, dann gehört für mich die Erfahrung dazu, nach einer Zeit der nahezu ausschließlich digitalen Kommunikation traditionsreiche Veranstaltungen neu wertschätzen zu können. Daher freut es mich, von Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, eingeladen worden zu sein, den wissenschaftspolitischen Festvortrag auf dem diesjährigen akademischen Festakt der Justus-Liebig-Universität zu halten. Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Einladung!

Bevor ich auf mein Thema, das Wissenschaftssystem in der Zeitenwende, zu sprechen komme, möchte ich kurz erwähnen, dass es zwischen der Justus-Liebig-Universität und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina direkte historische, aber auch ganz aktuelle Verbindungen gibt. So ist der Namenspatron Ihrer Universität 1859 zum Mitglied der Leopoldina gewählt worden. Und in der vergangenen Woche hatte ich die große Freude, erstmals den mit 250.000 € dotierten Greve-Preis der Leopoldina zu vergeben, und zwar zu gleichen Teilen an den Gießener Chemiker Jürgen Janek, der auch Mitglied der Leopoldina ist, und an die Marburger Physikerin Kerstin Volz. Mit ihren gemeinsamen Arbeiten sind Herr Janek und Frau Volz bei der Erforschung von Hochleistungsbatterien weltweit führend. Sie bringen unser Wissen auf einem Forschungsgebiet voran, das für die

Transformation der Energieversorgung hochrelevant ist – und damit auch für die Gestaltung der Zeitenwende.

Lieber Herr Mukherjee,

wenn ich Ihnen als Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes für unsere enge Zusammenarbeit im Rahmen der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen danke, dann nähern wir uns dem Thema meiner Ansprache auch wissenschaftspolitisch an. Zur Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen gehören neben der Hochschulrektorenkonferenz und den vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Wissenschaftsrat, die Alexander von Humboldt-Stiftung, der DAAD und die Leopoldina. Gemeinsam nehmen die Mitglieder der Allianz zu Fragen der Wissenschaftspolitik, Forschungsförderung und strukturellen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems Stellung. Dabei standen in den letzten Monaten – wenig überraschend – die unmittelbaren Auswirkungen der Zeitenwende auf die Wissenschaft im Mittelpunkt. Und es zeigte sich: Je schwieriger die Rahmenbedingungen für das Wissenschaftssystem werden, umso wichtiger wird die Kooperation zwischen den Wissenschaftseinrichtungen.

[1. Wissenschaftssystem in der Krise]

Meine Damen und Herren,
der Wert dieses gemeinsamen Engagements zeigte sich kürzlich: Die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen machte mit einer gemeinsamen Stellungnahme zur Energiekrise auf die negativen systemischen Folgen für Forschung, Lehre und technische Infrastruktur aufmerksam und unterstrich insbesondere die schwierige Lage der Studierenden. An die politischen Entscheidungsträger appellierte sie, Versorgungs- und Planungssicherheit für die Wissenschaft zu gewährleisten.

Als Reaktion auf das Wirken der Allianz und ihrer Mitgliedsorganisationen berücksichtigt das Soforthilfegesetz Erdgas und Wärme nun Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen laut Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger „in jedem Falle“. Für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurden Härtefallfonds eingerichtet, und für Hochschulen beschloss die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz Anfang November ein umfangreiches Energieentlastungspaket. Darüber hinaus sollen auch für Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen Gas-, Fernwärme- und Strompreisbremsen gelten.

Meine Damen und Herren,

der Auslöser der Energiekrise ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der inzwischen seit mehr als einem halben Jahr andauert. Ukrainische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zählen zu den direkten Opfern der Geschehnisse; neben den massiven existenziellen Risiken, denen sie sich tagtäglich ausgesetzt sehen, bedroht die teilweise gezielte Zerstörung der Forschungsinfrastruktur die Zukunft des ukrainischen Wissenschaftssystems insgesamt.

Bereits die Pandemie und ihre Eindämmung haben eindringlich gezeigt, von welcher existenzieller Bedeutung ein gut funktionierendes Wissenschaftssystem für eine Gesellschaft ist und wie wichtig es ist, durch breit aufgestellte Forschung für künftige Krisen und Probleme gerüstet zu sein. Das gilt uneingeschränkt selbstverständlich auch für Deutschland. Maßnahmen zur Vermeidung einer „Lost Generation“ sollten auch im Wissenschaftssystem Priorität besitzen. Ein krisenresistentes Wissenschaftssystem, das für den wissenschaftlichen Nachwuchs attraktive Zukunftsaussichten bietet, ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Deutschland die multiple Krise nicht bloß verkraftet, sondern die Anreize nutzen kann, die sie für Innovation setzt.

Die Wissenschaft nimmt in der aktuellen Situation auch die Funktion einer von Politik und Medien gesuchten Ratgeberin wahr. Darin zeigt sich, dass gerade in gesamtgesellschaftlichen Krisen

wissenschaftsbasierte Analysen und Handlungsoptionen, deren Urheber von politischen und wirtschaftlichen Einzelinteressen unabhängig sind, einen zentralen Beitrag zu rational nachvollziehbaren und somit konsensfähigen staatlichen Entscheidungen leisten können.

Die wissenschaftsbasierte Beratung von Politik und Öffentlichkeit der Leopoldina hat während der Coronavirus-Pandemie ihre erste Bewährungsprobe in einer gesamtgesellschaftlichen Krisensituation bestanden. Unter Wahrung unserer Unabhängigkeit und hoher Qualitätsstandards hat die Leopoldina eine Serie von Ad hoc-Stellungnahmen zur jeweils aktuellen Situation vorgelegt sowie weitere Stellungnahmen zu mittel- und langfristigen Aspekten der Pandemie erarbeitet. Mit der Einrichtung von Fokusgruppen, deren vorrangige Aufgabe es ist, eine bestimmte Thematik kontinuierlich zu beobachten, um schnell Beratungsaktivitäten zu initiieren und kurzfristig Stellungnahmen vorzulegen, hat die Leopoldina im vergangenen Jahr begonnen.

[2. Wissenschaftssystem und Zeitenwende]

[2.1 Die Zeitenwende und die aktuelle Wissenschaftspolitik]

Meine Damen und Herren,

der Begriff der Zeitenwende ist als politisches Schlagwort keineswegs neu. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts nutzten ihn deutsche Politikerinnen und Politiker mit Bezug auf Ereignisse, die sie als große Zäsur ihrer Zeit wahrnahmen und durch welche sich politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen spürbar änderten. In den vergangenen zwanzig Jahren nahm seine Verwendung im politischen Raum deutlich zu, und auch die Kontexte, in denen von einer Zeitenwende die Rede war, wurden vielfältiger.

In seiner Regierungserklärung am 27. Februar dieses Jahres postulierte auch Bundeskanzler Olaf Scholz eine „Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“. Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar und der seitdem andauernde völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg markiere den Ausgangspunkt einer radikalen Neuausrichtung in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik, kündigte der Bundeskanzler an. Es gelte, die Resilienz Deutschlands zu stärken – technisch und gesellschaftlich – sowie technologisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Wie sich die Zeitenwende langfristig auch auf die Forschungs- und Innovationspolitik auswirkt, ist eine offene Frage. Vor dem Hintergrund eines andauernden Krieges gilt es zurzeit, eine übergreifende Strategie mit klaren Zielen und konkreten Lösungsansätzen zu entwickeln.

In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor fast genau einem Jahr verabredet, neue Impulse für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu setzen. Missionsorientierung und Messbarkeit, Deregulierung und Dynamisierung, Diversifizierung und Internationalisierung sind zentrale Begriffspaare, unter die sich die Visionen der Ampel-Koalition zur Ausgestaltung einer langfristigen wissenschaftspolitischen Strategie subsumieren lassen.

Bereits im Sommer gerieten die Visionen der Ampelkoalitionäre jedoch ins Wanken: Der Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Christian Lindner sah eine Steigerung des BMBF-Budgets um weniger als ein Prozent vor. Die rasche Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen und die Erreichung der gesteckten Ziele rückte plötzlich in weite Ferne. Auch die Budgets der durch das Auswärtige Amt finanzierten und für den wissenschaftlichen Austausch zentralen Institutionen wie des DAAD, des Goethe-Instituts und der Alexander von Humboldt-Stiftung standen vor empfindlichen Kürzungen.

Anfang November gelang der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz ein Durchbruch, und auch aus dem Haushaltsausschuss gab es positive Nachrichten: Die Dynamisierung des Zukunftsvertrages und die Fortsetzung der Exzellenzstrategie konnten ausgehandelt werden, die

Einmalzahlungen an Studierende sowie ein Energierettungspaket für Hochschulen wurden auf den Weg gebracht. Auch die Haushalte von BMBF und Auswärtigem Amt erhielten beachtliche Aufschläge zur Deckung erwarteter Mehrausgaben, sodass der DAAD und die Alexander von Humboldt-Stiftung nun sogar ein höheres Budget erhalten.

Trotz solcher positiven Entwicklungen gibt es noch wichtige offene Fragen und auch schlechte Nachrichten. So lässt das gemeinsame Positionspapier des BMBF und des Wissenschaftsrats zur ‚Reformierung des Verhältnisses zwischen Grundfinanzierung und Projektfinanzierung‘ weiter auf sich warten. Und vor wenigen Tagen gab das BMBF bekannt, dass der angekündigte Digitalpakt für Hochschulen auch auf absehbare Zeit nicht kommen wird.

[2.2 Überregulierung als Grundproblem der Wissenschaftspolitik]

Meine Damen und Herren,

wir sollten uns bei der Frage, vor welche Herausforderungen das deutsche Wissenschaftssystem durch die Zeitenwende gestellt wird, nicht mit einer Analyse einzelner Probleme begnügen, so dringlich diese auch sind. Wir sollten außerdem darauf achten, ob diese Probleme nicht auf grundlegende wissenschaftspolitische Fragestellungen verweisen, die sich durch die multiple Krise verschärft

haben. Wenn dies der Fall ist, dann müssen wir uns mit diesen prinzipiellen Fragestellungen und ihren Auswirkungen auf die aktuelle Situation beschäftigen. Ich halte die generelle Frage nach der Überregulierung des deutschen Wissenschaftssystems für besonders akut.

Die Wissenschaftssysteme hochindustrialisierter und miteinander immer stärker verflochtener Gesellschaften haben seit der Zeitenwende des Zweiten Weltkriegs einen enormen Wachstumsprozess durchlaufen. An einer Universität liegt es nahe, hier an die Anzahl der Hochschulen in Deutschland oder an die jährliche Anzahl der Studienanfänger zu denken. Aber Sie können zahlreiche andere Kennzahlen zurate ziehen, etwa die Höhe der öffentlichen Finanzierung des Wissenschaftssystems oder die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen pro Jahr.

Das quantitative Wachstum des Wissenschaftssystems zieht zahlreiche qualitative Folgen nach sich. So differenziert es sich thematisch und institutionell immer stärker. Eine steigende Anzahl von Subdisziplinen und Wissenschaftseinrichtungen verstärkt aber die Kommunikationsschwierigkeiten im Inneren des Wissenschaftssystems wie nach außen. Zugleich wird von der Wissenschaft erwartet, besser mit der Öffentlichkeit und der Politik zu kommunizieren – nicht zuletzt auf Grund des erhöhten Drucks, die

durchschnittlich steigende öffentliche Finanzierung von Forschung in Zeiten knapper Kassen besser zu rechtfertigen. Letzteres geschieht auch innerhalb der Wissenschaft immer häufiger durch den Hinweis auf die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft, etwa für die nachhaltige Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Daran knüpfen sich u.a. Versuche, neue Dimensionen für die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen einzuführen, etwa die Nutzungsintensität von Instrumenten der „Open Science“ und der Grad an „Diversity“ innerhalb der Personengruppen, die an einem Forschungsprojekt beteiligt ist. Wissenschaftsintern führen solche Entwicklungen zu der Befürchtung, dass damit sowohl die klare Orientierung an wissenschaftlicher Exzellenz als auch die Legitimation von nicht primär an ihren Anwendungen interessierter Grundlagenforschung verloren zu gehen drohen.

Man könnte all diese Schwierigkeiten als typische Probleme eines wachsenden, also eigentlich gesunden gesellschaftlichen Teilsystems abtun, für die es im Laufe der Zeit und im Interessenausgleich mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Lösungen finden wird, um weiter wachsen zu können. Dementsprechend wäre auch die seit einigen Jahren verstärkt geführte Debatte über das Verhältnis von Wissenschaftsfreiheit und politischer Steuerung nur das Wiederaufflackern einer Grundsatzdiskussion über Inhalt und Umfang

von Regulationen, der sich die Wissenschaft in einem pluralistisch-demokratischen Gemeinwesen immer wieder ausgesetzt sehen wird.

Meine Befürchtung ist jedoch nicht nur, dass sich die Wachstumsdynamik des deutschen Wissenschaftssystems infolge der multiplen Krise deutlich abschwächen, auf absehbare Zeit vielleicht sogar an ein Ende kommen wird. Ich befürchte zudem, dass sich die negativen Folgen dieses Abschwungs durch eine Blockade des Wissenschaftssystems infolge einer von außen wie von innen angetriebenen Überregulierung noch verstärken werden. Auf diese Gefahr möchte ich im Folgenden näher eingehen.

Das deutsche Wissenschaftssystem orientiert sich am Leitbild der Selbstorganisation. Selbstorganisation – das ist, knapp formuliert, die Umsetzung der grundgesetzlich geschützten Freiheit von Forschung und Lehre auf der institutionellen Ebene. Beispielsweise beschreibt sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der größte nationale Wissenschaftsförderer in der Europäischen Union, auf ihrer Website folgendermaßen:

„Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Sie dient der Wissenschaft und fördert Forschung höchster Qualität in allen ihren Formen und Disziplinen an Hochschulen und anderen

Forschungseinrichtungen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf aus der Wissenschaft selbst entwickelten Vorhaben im Bereich der erkenntnisgeleiteten Forschung.“

Analog versteht sich die Leopoldina als Nationale Akademie der Wissenschaften gerade deshalb, weil es ihre Aufgabe ist, Politik und Öffentlichkeit zu gesellschaftlichen Herausforderungen wissenschaftsbasiert zu beraten, als von politischen und wirtschaftlichen Einzelinteressen unabhängige Institution. Die Leopoldina ist von der Aufnahme neuer Mitglieder über die Organisation ihrer Klassen und Sektionen bis hin zur Auswahl von Themen für die Politikberatung frei in ihren Entscheidungen.

Da sie dem Leitbild der Selbstorganisation folgen, können DFG und Leopoldina problemlos auch bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich umstrittenen Themen zusammenarbeiten. Exemplarisch nenne ich unsere gemeinsamen Aktivitäten zum Thema „Dual Use“, also der doppelten Verwendbarkeit von Forschungsergebnissen, etwa zu friedlichen und terroristischen Zwecken. Mit finanzieller Unterstützung der vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben die DFG und die Leopoldina den Gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung gegründet, um die Selbstregulierung der Wissenschaften in diesem sensiblen Bereich dauerhaft zu stärken.

Hierzu gehören insbesondere die Etablierung und Arbeit von lokalen Kommissionen für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung, welche an den Hochschulen für den eigenverantwortlichen Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung sorgen. Übrigens hat die Gießener Universität als eine der ersten Hochschulen schon 2015 eine Ständige Kommission zu sicherheitsrelevanter Forschung eingesetzt, die über den Gemeinsamen Ausschuss im Erfahrungsaustausch mit mittlerweile 100 solchen Kommissionen steht.

Dem Gemeinsamen Ausschuss von DFG und Leopoldina ließen sich zahlreiche Beispiele für Fehlentwicklungen gegenüberstellen, die eintreten, wenn Misstrauen gegenüber der Wissenschaft zu Überregulierung führt. Die Folgen solcher Eingriffe in die innere Steuerung der Wissenschaft können bis zum Erliegen ganzer Forschungsbereiche und dem faktischen Verbot von Forschungsmethoden in Deutschland führen, ohne dass es einen expliziten demokratisch legitimierten politischen Beschluss dafür gäbe.

Dies ist der Fall bei der Regulatorik zur gentechnischen Forschung und zu wissenschaftlichen Tierversuchen. Das Gentechnikgesetz basiert auf einem Wissensstand von vor dreißig Jahren und führt dazu, dass selbst Versuche mit Organismen, bei denen nach dem Stand der Wissenschaft kein Risiko für die menschliche Gesundheit und die

Umwelt ausgeht, unter behördliche Überwachung gestellt werden – mit einem kaum zu bewältigenden bürokratischen Aufwand für die Laboratorien. Die aktuelle Diskussion über eine verschärfte Regulierung von Tierversuchen in der Europäischen Union lässt befürchten, dass ihre Umsetzung in Deutschland das Ende der Tierversuche zu wissenschaftlichen Zwecken bedeuten, die entsprechende Forschung ins Ausland abwandern und dort zumindest teilweise unter rechtlichen Bedingungen ablaufen wird, die dem Tierwohl gewiss nicht dienlicher sind als die jetzigen, schon sehr restriktiven Bestimmungen in Deutschland. Eine BioNTech-Erfolgsgeschichte wird dann in Deutschland nicht mehr stattfinden können.

Diethard Tautz, Direktor am Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie in Plön und Mitglied der Leopoldina, hat die Situation jüngst folgendermaßen veranschaulicht:

„An meinem Institut [...] mit rund 190 Mitarbeitenden müssen inzwischen 26 Beauftragte berufen werden. Hier eine Auswahl: Beauftragte(r) für Gentechnik, Tierschutz, Laserschutz, Datenschutz, Arbeitsschutz, Brandschutz, Nagoya-Protokoll, Exportkontrolle, Gefahrgut et cetera. [...] Dafür kommt gerade das Zauberwort „Compliance“ in Mode, überwacht – natürlich – von einer/m

„Beauftragten für Compliance“, die oder der dann alles im Blick haben soll.“

Wir sind also längst auch in der Wissenschaft ins Stadium der Regulatorik zweiter Ordnung eingetreten und müssen unsere knapper werdenden Ressourcen für alles andere als Forschung und Lehre verschwenden. Das droht auch in einem Kernbereich der wissenschaftlichen Selbstorganisation – leider unter aktiver Beteiligung deutscher Wissenschaftseinrichtungen. Ich denke an die Bewertung von Forschungsleistungen und das in diesem Jahr auf EU-Ebene ausgearbeitete „Agreement on Reforming Research Assessment“. Es umfasst im Wesentlichen „Principles“ und „Core Commitments“ der Reform von Forschungsbewertung, zu deren Befolgung sich Wissenschaftseinrichtungen verpflichten sollen, und flankiert sie mit Handreichungen zum zeitlichen Ablauf und zu Instrumenten ihrer konkreten Umsetzung.

Wenn sich eine Wissenschaftseinrichtung zu den „Principles“ und „Core Commitments“ bekennt, dann kann sie der „Coalition for Advancing Research Assessment“ – kurz: CoARA – beitreten, deren zukünftige Rolle in der europäischen und nationalen Forschungslandschaft noch unklar ist. Bisher absehbar ist, dass jede Mitgliedsorganisation einen Meilenstein-Aktionsplan zur Implementierung der „Core Commitments“ vorlegen und sowohl

durch Selbstevaluierungen als auch externe Evaluierungen die Umsetzung des Aktionsplans überprüfen muss. Inwiefern die Ergebnisse solcher Evaluierungen Auswirkungen auf die Erfolgchancen der jeweiligen Einrichtung haben wird, europäische – und nationale – Forschungsfördermittel zu erhalten, ist noch offen. Zu befürchten ist aber, dass Wissenschaftseinrichtungen, die sich CoARA nicht anschließen, über kurz oder lang vom Wettbewerb um Fördergelder der EU ausgeschlossen werden.

In Deutschland sind bereits die DFG und die Leibniz-Gemeinschaft sowie einige Universitäten der CoARA beigetreten. Das Präsidium der Leopoldina hat einstimmig beschlossen, dieser Koalition nicht beizutreten. Hierfür gibt es zwei Gründe. Erstes befürchten wir, dass die vorgeschlagene europäische Harmonisierung der Bewertung wissenschaftlicher Forschungsleistungen zu einer schleichenden Zunahme des politischen Einflusses und einer Aufweichung von Exzellenzkriterien führen wird. Diese Befürchtung knüpft sich an Ausführungen im „Agreement“ wie beispielsweise die folgende: „Consider gender balance, the gender dimension, and take into account diversity in the broader sense (e.g. racial or ethnic origin, sexual orientation, socio-economic, disability) in research teams at all levels, and in the content of research and innovation.“ Über solche Forderungen, die eine identitätspolitische Verzerrung der Bewertung

von Forschungsleistungen in Aussicht stellen, wird mittlerweile auf den Wissenschaftsseiten überregionaler Tageszeitungen diskutiert.

Zweitens zeichnet sich jetzt schon ganz unabhängig von der inhaltlichen Bewertung der „Principles“ und „Core Commitments“ ein massiver Bürokratisierungsschub in der Wissenschaft ab – und zwar, um es nochmals zu unterstreichen, in einem Kernbereich ihrer Selbstorganisation. Für geradezu tragisch halte ich es, dass diese neue Dynamik der Überregulierung von vielen Wissenschaftsorganisationen auf europäischer wie nationaler wenn nicht initiiert worden ist, so doch aktiv vorangetrieben wird. Sie ist nicht das Ergebnis eines politischen Gesetzgebungsprozesses etwa in Form einer Richtlinie der Europäischen Kommission, denn im Bereich der Forschungspolitik hat sie keine regulatorische Legitimation. Sondern es handelt sich um das Resultat eines von der Europäischen Kommission zwar unterstützten, aber von den Wissenschaftseinrichtungen selbst betriebenen Prozesses. So droht die Selbstorganisation des Wissenschaftssystems zu dessen Selbstblockade zu führen, mittels derer wissenschaftsexterne Faktoren einen immer größeren Einfluss auf die Forschung nehmen können.

[2.3 Deregulierung als strategisches Ziel der Wissenschaftspolitik]

Meine Damen und Herren,

in Zeiten der Krise ist es ein naheliegender, aber in die Irre führender Weg, die drängendsten Herausforderungen durch immer mehr und immer kompliziertere Regulierungen bewältigen zu wollen. Für das deutsche Wissenschaftssystem in der Zeitenwende müssen wir die Entdeckerfreude und Innovationsfähigkeit von Forscherinnen und Forschern durch eine Regulatorik fördern, die nicht alle Eventualitäten von vornherein zu regeln versucht, sondern es der Selbstorganisation des Wissenschaftssystems überlässt, die angemessene Anwendung allgemeiner Standards und Normen auf den jeweiligen Einzelfall zu finden. Dann müssten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Zeit und Intelligenz nicht mehr damit verschwenden, kostenintensive Regularien zu umgehen, indem sie sich beispielsweise aus bisher erfolgreich bearbeiteten Forschungsfeldern zurückziehen oder Forschungsvorhaben an ausländische Standorte mit weniger Restriktionen auslagern und so die guten Absichten hinter einer Regulierung ad absurdum führen.

Wissenschaftsadäquate und evidenzbasierte Regulierungen versuchen, die durch sie vermutlich herbeigeführten Änderungen im Verhalten der betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorwegzunehmen, um Anreize so zu setzen, dass sich das Interesse der Betroffenen an der Durchführbarkeit ihrer Forschung und das öffentliche Interesse an der Erreichung bestimmter gesellschaftlicher Ziele trifft. Im Falle der Tierversuche sind dies z.B. Anreize für

Forschungsvorhaben, die neue Ersatz- und Ergänzungsverfahren entwickeln sollen. Preise, die von verschiedenen Bundes- und Landesministerien sowie der DFG vergeben werden, zeichnen solche Forschungsprojekte aus. Aber noch wichtiger ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass sie den ihnen eingeräumten Entscheidungsspielraum sowohl für den Erkenntnisgewinn als auch für die Verbesserung des gesellschaftlich gewünschten Tierschutzes einsetzen.

In dem Entwurf des BMBF zur Zukunftsstrategie Forschung und Innovation nimmt das Thema „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung, Transfer und Innovation“ zurecht viel Platz ein. Maßnahmen zum Abbau von Regulierungen und Hürden sieht der Entwurf vor allem in Bezug auf Transfer, Innovation und (Aus)Gründung vor. Eine Verschärfung der Regulatorik lässt der Entwurf dagegen bei der europäischen und internationalen Zusammenarbeit erwarten. Auch die umfassende Nutzung von Key Performance Indicators für Forschung und Innovation wecken den Verdacht, dass hier neue Regulierungen in der Förderpolitik eingeführt werden könnten. Noch befindet sich die Zukunftsstrategie in der Ressortabstimmung, und zahlreiche Organisationen, Verbände und Vereine aus Wirtschaft und Wissenschaft haben Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben. Als Ergebnis des Forschungsgipfels 2022 hat auch die Leopoldina gemeinsam mit dem Stifterverband, EFI und der

Volkswagenstiftung Leitlinien für eine Zukunftsstrategie erarbeitet. Eine gute Ausgangsbasis für den ergebnisoffenen Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft über eine langfristige Strategie für die Forschungs- und Innovationspolitik, die gerade in der Zeitenwende auf forschungs- und innovationsfördernde Deregulierung setzt, ist also gelegt.

[3. Schluss]

Meine Damen und Herren,

Justus von Liebig soll einmal gesagt haben: „Die Wissenschaft fängt eigentlich erst da an, interessant zu werden, wo sie aufhört.“ Die ewige Herausforderung der Wissenschaftspolitik ist es, für die Kultivierung dieses Interesses am Unbekannten angemessene und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Regulierungen für das eigentlich Unregulierbare zu finden – wie lässt sich diese Paradoxie auflösen?

Womöglich könnte die Offenheit der Wissenschaft für das Neue, die Experimentierlust der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie ihre Freude an der sachorientierten Zusammenarbeit eine Anregung für uns alle sein, denselben Geist auch in der wissenschaftspolitischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung walten zu lassen – gerade in Zeiten der Krise. Ich habe den Eindruck, dass wir bereit sind, im Sinne dieser experimentier- und kooperationsfreudigen Offenheit mehr Verantwortung zu

übernehmen, um den Freiheitsraum der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland nicht nur zu erhalten, sondern sogar auszubauen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!